KOMMUNISTISCHE KORRESPONDENZ

2. Auflage

Herausgegeben vom Berliner Komitee zur Unterstützuna der aemeinsamen Arbeit der Spartacist League/US und der Österreichischen Bolschewiki-Leninisten in Deutschland

Juni 1974 Nr. 3 DM –,70 / S 5,–

ZU DEN WAHLEN IN FRANKREICH

Die GIM im Lager der (französischen) Bourgeoisie

Die Wahlunterstützung der GIM (Deutsche Sektion des nicht gar so „ *Vereinigten*“ Sekretariats) und ihrer Schwesterorganisation in Frankreich, der Front Communistes Revolutionaire (ehemalige Ligue Communiste), für Francois Mitterand stellt einen erneuten Beweis für den grundlegend antitrotzkistischen Charakter dieser Organisationen dar. Mitterand stand zur Wahl als Kandidat der „*Union de la Gauche*“, einem politischen Block zwischen den traditionellen reformistischen Arbeiterparteien Frankreichs, der PCF und der PSF, und einer bürgerlichen Partei, den “*Radicaux de Gauche*“ (Linken Radikalen). Ausdruck dieses Blocks ist das “*Programme Commun“,* das sich in seiner “*Radikalität*“ kaum von De Gaulles Programm von 1945 abhebt — eine Tatsache, die von Mitterand öfter ausdrücklich betont wurde. Eine solche Volksfront dient nur einem Zweck: die Arbeiterklasse durch ihre traditionellen Parteien direkt an den bürgerlichen Staat zu binden, sie den Interessen der Bourgeoisie unterzuordnen.

Für Trotzkisten-Leninisten hat es nie eine andere Stellung zur Volksfront gegeben als entschiedene politische Opposition. Von dem Kampf Lenins gegen Kamenjews und Stalins „kritischer Unterstützung“ der Provisorischen Regierang 1917 bis zum Übergangsprogramm von 1938 hat es nur eine Haltung, eine Forderung an einen solchen Block gegeben: daß er sich auflöst! D.h,, daß die Arbeiterorganisationen ihr Bündnis mit der Bourgeoisie brechen. In Trotzkis Worten: „Die Hauptanklage, die die Vierte Internationale gegen die traditionelle Organisation des Proletariats vorbringt, ist, daß diese sich nicht von der politischen Halbleiche der Bourgeoisie losreißen wollen. Unter diesen Umständen ist die systematisch an die alte Führung gerichtete Forderung: ‘Brecht mit der Bourgeoisie, ergreift die Macht!' eine außerordentlich wichtige Waffe, um den verräterischen Charakter der Parteien und Organisationen der Zweiten, Dritten und der Amsterdamer Internationale zu entlarven. “ (Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgabe der 4. Internationale, Verlag Neuer Kurs, S. 28).

Die Front Communiste Revolutionaire jedoch erhob nicht die Forderung eines Braches mit den Rakikalen als Bedingung ihrer „*kritischen*“ Unterstützung eines Kandidaten von PCF und PSF, sondern bot sich als linker Flügel der Volksfront an. Diese Funktion hat die ehemalige Ligue schon in den Parlamentswahlen des vorigen Jahres erfüllt, als sie eine Stimmabgabe für die „ *Union de la Gauche*“, die bürgerlichen Radikalen eingeschlossen, vertreten hat.

Im Jahre 1936 vollzog Trotzki den Bruch mit der spanischen PO UM (Arbeiterpartei der marxistischen Einheit) und begann den Aufbau einer neuen Sektion der Bolschewiki-Leninisten wegen der konsequenten Fortsetzung einer vergleichbaren Politik in einer allerdings vorrevolutionären Situation. Die POUM hatte die spanische Volksfront „*kritisch*“ unterstützt, und war kurzfristig in die Regierung von Katalonien eingetreten. Trotzki schrieb über diese Organisation:„ *Trotz ihrer Absichten war die POUM letzten Endes das Haupthindernis auf dem Wege zur Schaffung einer revolutionären Partei... Die Revolution verträgt sich nicht*

INHALTSVERZEICHNIS

mit Zentrismus. “ (Spanische Lehren, eine letzte Warnung, Verlag Die Vierte International, S. 15)

Die Argumentation der FCR, beispielsweise von ihrem Genossen *Simon* in Frankfurt und Berlin, ist, daß die *„Union de la Gauche*“ keine Volksfront sei, da die Linken Radikalen eigentlich keine Partei seien, sondern *„nur eine lose Koalition... von überhaupt keiner Bedeutung“(*Gin-Veranstaltung, *„Gegen das Europa der Konzerne“*, Frankfurt, 27. April 1974). Man kann nur fragen, wenn die Linken Radikalen von *„überhaupt keiner Bedeutung“* sind, warum die PCF und die PSF sich so eifrig um sie bewerben ? Warum haben die Reformisten eine Koalition mit den Linken Radikalen von Anfang an angestrebt? Warum fällt es den Reformisten so schwer, mit diesem *„Nichts“* politisch zu brechen? Die Argumentation der FCR, daß im Jahre 1936 in Frankreich die Radikalen eine große Partei gewesen, aber jetzt die Linken Radikalen kein ernsthafter Faktor seien, ignoriert die trotzkistische Analyse dieser Volksfronten. Erstens muß man betonen, daß die Radikalen in den 3oer Jahren in *politischer Auflösung* begriffen waren (wie Trotzki oft genug hervorgehoben hat), und nur durch die Volksfront als große Partei gerettet wurde. Zweitens bedarf es keiner bürgerlichen *„Massenpartei“*, um aus einem politischen Block eine Volksfront zu machen. (Siehe Chile, wo die bürgerlichen Parteien in der *Unidad Populär* höchstens 4% der Stimmen ausmachten.) Betreffs Spanien hat Trotzki von einer Volksfront mit dem *Schatten* der Bourgeoisie geschrieben -.*„Politisch am erstaunlichsten ist die Tatsache, daß es in der spanischen Volksfront im Grunde nicht einmal ein Parallelogramm der Kräfte gab: an der Stelle der Bourgeoisie stand ihr Schatten. Vermittels der Stalinisten, Sozialisten und Anarchisten unterwarf die spanische Bourgeoisie sich das Proletariat, ohne sich auch nur die Mühe zu geben, an der Volksfront teilzunehmen: die überwiegende Mehrheit der Ausbeuter aller politischen Schattierungen ging offen in Francos Lager über.... Im republikanischen Lager blieben daher nur winzige Teile der besitzenden Klassen, die Herren Azana, Companys und ähnliche politische Anwälte der Bourgeoisie, nicht aber die Bourgeoisie selbst...*

Die linken Republikaner, die nicht im geringsten Maße mehr die spanische Bourgeoisie vertraten, vertraten noch weniger die Arbeiter und Bauern. Sie vertraten nichts als sich selbst. Jedoch dank ihrer Verbündeten, den Sozialisten, Stalinisten und Anarchisten, spielten diese politischen Gespenster in der Revolution eine entscheidende Rolle. Auf welche Weise? Sehr einfach: als Verkörperung des Prinzips der ‘demokratischen Revolution\ d.h. der Unantastbarkeit des Privateigentums. “ (Spanische Lehren, eine Letzte Warnung, Verlag Die Vierte Internationale, S. 5)

Die Rolle der Linken Radikalen ist nicht die eines *Gegengewichts* zu den reformistischen Arbeiterparteien (das ist nicht die Funktion der Bourgeoisie in einer Volks front: die Politik der Reformisten ist ohnehin bürgerlich), sondern die einer von der PCF und PSF der Bourgeoisie gegebenen Garantie, daß sie die Grenzen des bürgerlichen Staates nicht sprengen, vielmehr im Rahmen des heiligen Privateigentums ihre *„Reformen* “durchsetzen wollen. Die Linken Radikalen dienen als weithin sichtbares *Symbol* der politischen Bereitschaft der bürgerlichen Arbeiterparteien, die Interessen der Bourgeoisie zu vertreten. Sie dienen aber zugleich als Feigenblatt, um die Nacktheit der Reformisten selber vor ihre Arbeiterbasis zu verdecken: da, wenn das Proletariat Maßnahmen fordert, die weiter gehen, als die verräterischen Führungen der PCF und PSF von sich aus gehen möchten (und weiter, als den bürgerlichen Staat zu verwalten, haben sie keine Absicht, zu gehen), können sich die Arbeiterverräter auf die Gefahr der *„Sprengung“* ihrer Koalition berufen. Deswegen ist die Bedingung für kritische Unterstützung der Reformisten ihr *Bruch* mit der Bourgeoisie. Nur wenn sie die Verantwortung für ihre eigene Politik übernehmen, kann man ihren Verrat systematisch vor der Basis entlarven. Kritische Unterstützung ist nach Lenin Unterstützung von der Art, *„wie der Strick den Gehängten“* unterstützt. Wenn die Arbeiterorganisationen nicht Politik *im eigenen Namen, auf eigene Verantwortung* führen, fehlt eben ... der Strick.

Aber, sagte Genosse Simon in Frankfurt, die Wahl Mitterands könne *„eine große Massenbewegung, Mai ‘68 vergleichbar“* hervorrufen. Selten tritt die unmarxistische Denkweise dieser Opportunisten klarer zutage. Die **„** *Union de la Gauche“* ist nicht *Ursache* der Verschärfung der Klassenkämpfe in Frankreich, sondern eine Reaktion darauf — ein Versuch der Arbeiterverräter und der Bourgeoisie, diese Bewegung einzudämmen.
Eine Volksfront ist das letzte „demokratische“ Mittel der Bourgeoisie, aufsteigende Klassenkämpfe zu ersticken: durch die Mitarbeit der Organisationen des Proletariats selbst an einer bürgerlichen Regierung. Wie Trotzki diese Gedanken formulierte: „Aber die Volksfront - erwidert man uns nicht ohne Entrüstung - ist absolut kein Kartell, sondern eine Massenbewegung. Mangel an schwülstigen Definitionen herrscht natürlich nicht, aber an der Sache ändern sie nichts. Bestimmung des Kartells war stets, die Massenbewegung zu bremsen durch Ablenkung ins Bett der Klassengemeinschaft. Das eben ist auch genau die Bestimmung der Volksfront... (Die Volksfront ist ein, von der Redaktion hinzugefügt) Sicherheitsventil gegen die Massenbewegung. “
(Wohin geht Frankreich? , L. de Lee, S. 78-79)

Jetzt, mehr als 35 Jahre nach den Erfahrungen der französischen und spanischen Volksfronten, sagen die Genossen der FCR und GIM: *„Aber, die ‘Union de la Gauche‘ ist keine Volksfront... sie ist eine Massenbewegung. “*
Oder in der etwas vorsichtigeren Ausdrucksweise der GIM: „Für den Fortschritt der Klassenkämpfe in Frankreich wäre ein Sieg Mitterands ein positives Element. “
(Was Tun, Nr. 5o, 1. Mai 1974)

Die Kandidatur Mitterands fand im Rahmen einer Verschärfung der sozialen Widersprüche und, als Ausdruck davon, eines Aufschwunges der Klassenkämpfe statt.

Inflation im Jahre 1973 hat die Höhe von 12% erreicht, die gaullistische Koalition ist ins Wanken geraten, und dann, durch den Tod Pompidous, auseinandergebröckelt. Nach dem LIP-Streik ist es zunehmend zur Bildung von Streik-Komitees zwischen der Basis der verschiedenen französischen Gewerkschaften (die auf Parteilinien aufgebaut sind) gekommen, die den Drang der französischen Arbeiterklasse zum Ausdruck bringen, die künstliche Spaltung in ihren elementaren Verteidigungsorganen zu überwinden.

Eine Reihe von kleineren Streiks entbrannte. : beispielsweise bei Bergbauarbeitern in Lothringen und Werftarbeitern in St. Nazaire, Arbeitern der Autoindustrie in Le Mans und der Elektroindustrie an der Mosel (Manchester Guardian Weekly, 13. April 1974). Weiter, der Bankstreik in Paris bewies eine zunehmende Militanz unter traditionell passiven Teilen der Arbeiterklasse. In einer solchen Situation könnte die Funktion der Volksfront nur die sein, die Arbeiterklasse durch Beteiligung ihrer traditionellen Parteien an der Regierung fester an den bürgerlichen Staat zu binden: nicht den Streikkämpfen einen neuen Aufschwung zu geben, sondern sie zu bändigen. Mitterand hat diese Tatsache klar zum Ausdruck gebracht, als er die Notwendigkeit der *Stabilisierung* der wirtschaftlichen Lage betonte im Zusammenhang mit einem *„großen Spielraum“* für *„Privatinitiative auf wirtschaftlichem Gebiet“ (*NZZ, 16.4.74, Nr. lo3). Die Erklärung von Georges Marchais, daß er bereit wäre, den Radikalen Pierre Mendes-France in der Regierung aufzunehmen, war eine klare Verkündung der Bereitschaft, weitere Kreise der Bourgeoisie in die *„ Union de la Gauche“* aufzunehmen (Le Monde, englische Ausgabe, 4.5.1974), von der absurden Anbiederung der PCF an die Gaullisten wegen ihrer *„gemeinsamen Tradition“* in der Widerstandsbewegung ganz zu schweigen. Schließlich zeigte der Verzicht der Stalinisten auf ihre traditionelle Mai-Demonstration ihren festen Willen, der Bourgeoisie ihre *„Regierungsfähigkeit“* zu beweisen — zu beweisen, daß sie der herrschenden Klasse eine *„Atempause“* gewähren wollten.

In diesem Zusammenhang diente der verbale Radikalismus der Kampagne Alain Krivines (FCR) nur als Tarnung für die Kapitulation der FCR im zweiten Wahlgang. Erklärungen wie *„ Wir verteidigen in den Wahlen das revolutionäre Programm...* “ (Zitat aus Rouge, in Was Tun, 16.5.74) wirken allzu lächerlich im Kontext ihrer Unterstützung eines offenen Bündnisses mit der Bourgeoisie.

Der vergebliche Versuch, Charles Piaget zur *„Einheitskandidatur der revolutionären Kräfte“* zu bewegen, war von dem gleichen Opportunismus durchtränkt. Piaget, Führer des Streiks bei LIP, der an den utopischen Illusionen seiner Führung an *„Autogestion“ {„Selbstbestimmung“* der Arbeiter unterm Kapitalismus) gescheitert ist — hat mehrmals erklärt, daß er kein Marxist sei, und gehört explizit katholischen Organisationen in der katholischorientierten CFDT-Gewerkschaftsföderation an. (Siehe *Workers Vanguard,* Nr. 43, 26.4.74). Für die GIM und die FCR — wie aus ihrer Theorie der nicht-proletarischen, nicht-organisierten und nicht-leninistischen *„Neuen Avantgarde mit Massencharakter“* klar hervorgeht — wird der Begriff *„revolutionär“* nicht vom revolutionären Programm bestimmt, sondern durch eine mystische *„antikapitalistische“* Gesinnung.

Aber die Front Communiste Revolutionaire und ihre kleinere Schwester, die GIM, standen nicht allein unter vorgeblich trotzkistischen Organisationen in ihrem Opportunismus. In Frankreich hat die Organisation Communiste Internationaliste, normalerweise etwas prinzipienfester als die FCR, die Union de la Gauche zwar als Volksfront bezeichnet, aber Mitterand in *beiden* Wahlgängen als *„Kandidaten der Arbeiterparteien“* unterstützt. Es dürfte schwierig gewesen sein, Mitterand als *„Kandidaten der PSF“* vom Mitterand als *„Kandidaten der ‘Union de la Gauche“* zu trennen. Lutte Ouvriere, eine Organisation mit starkem syndikalistischen Schlage, hat ursprünglich Mitterand nicht unterstützt oder zumindest mit einer offenen Erklärung ihres Vorhabens zurückgehalten. Ihre Kandidatin im ersten Wahlgang — Arlette Laguiller, Militantin in dem Pariser Bankstreik - hat eine äußerst schwammmige

Kampagne als *„Arbeiterin"* und *„Frau"* geführt. Aber trotz des weitgehend unpolitischen Charakters der Kampagne hätte sie eine Möglichkeit werden können, durch ein *äußerst* kritische Unterstützung gegen offene Klassenkollaboration zur mobilisieren. L.O. ist — wie erwartet — kurz vor den Wahlen umgefallen, aber sowohl die Kampagne von Laguiller wie die von Krivine boten ein Rahmen an, durch kritische Unterstützung gegen Mitterand und somit gegen Volksfront und Reformismus zu organisieren. Diese Gelegenheit hätte von Revolutionären ausgenützt werden können, trotz des Unwillens der FCR und LO, eine klare Klassenlinie zu ziehen.

Unter deutschen Organisationen, die den Anspruch erheben, trotzkistisch zu sein, sah die Situation ähnlich aus.
Der *Spartacusbund* hat die „Union de la Gauche" richtig als Volksfront bezeichnet (im Gegensatz zur GIM, die es vorzieht, die Realität zu leugnen), aber trotz der Überschrift „Frankreich vor der Volksfront? " und der Feststellung, Mitterand habe „bonapartistische Bestrebungen" (Spartacus, 4/74, 1.5.74), hat der Spartacusbund die „Notwendigkeit eines *taktischen* Eingehens auf die Illusionen der Arbeiter (u.a. Unterstützung Mitterands im zweiten Wahlgang)" betont. Obwohl die Bezeichnung Mitterands als Bonapartist unrichtig ist (eine Volksfront hätte nicht durch Armee und Polizei regiert, sondern durch die Autorität der reformistischen Arbeiterorganisationen einerseits und durch parlamentarisches Manövrieren andererseits), meint offensichtlich der Spartacusbund, daß es eine „taktische" Frage ist, bonapartistische bürgerliche Regierungen an die Macht zu helfen (denn eine Volksfront ist nichts anderes als eine bürgerliche Regierung mit der Arbeiterklasse als Geisel). Die Fusion der ehemaligen KJO-Spartacus und Spartacus/BL hat offensichtlich zu einem quantitativen Rechtsruck gegenüber der alten BL-Position geführt. Im Gegensatz zur Haltung der BL-Organisation zum Parlamentswahlen im vorigen Jahr - kritische Unterstützung nur für die PCF -- hat diesmal die fusionierte Gruppe die ganze Volksfront geschluckt, entweder durch den Einfluß der ehemaligen KJOler (die auch die Linken Radikalen und PSF 1973 unterstützten) oder durch die Einsicht, daß Unterstützung *eines Teils* einer verträglich abgeschlossenen Blocks letzten Endes eine Unterstützung des Blocks als ganzem gleichkommt. Nicht ohne Berechtigung hat die GIM geschrieben, daß der Spartacusbund die Politik der FCR „offensichtlich für richtig" hält (Was Tun, 16.5.74).

Weiter, seine Behauptung, daß eine gemeinsame Kandidatur der „Revolutionäre" (die ausdrücklich von dem Bund gewünscht wurde) nur „auf einer gemeinsamen politischen Basis" hätte zustande kommen sollen, mit einem „Aktionsprogramm" (und eine gemeinsame Kapitulation vor Mitterand im zweiten Wahlgang!) bezeugt wieder das Bestreben des Bundes, sich in einem breiten „linken"
Sumpf aufzulösen (was so vorzüglich im „Klassenkämpferischen Mai-Block" der OG Berlin zum Ausdruck kam).
Ein „Aktionsprogramm" zwischen Maoisten, Ultralinken (Revolution!), vorgeblichen Trotzkisten und den Linksreformisten der PSU hätte nur auf kleinstem gemeinsamen Nenner zustande kommen können. Kritische Unterstützung des Kandidaten eines solchen Blockes - unter bestimmten Umständen — darf nicht zur Übernahme ihres oppositionell-reformistischen Programms führen. Es ist die Aufgabe von Revolutionären, das Programm von Lenin und Trotzki zu verteidigen und zu propagieren, nicht sich mit Rocard, Chapuis, Krivine u.a. auf ein Minimalprogramm zu stellen. Kritische Unterstützung ist wesentlich eine Anwendung der Einheitsfronttaktik - ihre Losung ist „getrennt marschieren" (volle Freiheit der Propaganda, volle Freiheit der Kritik), „vereint schlagen". Aber die Positionen im Zentralorgan des Spartakusbundes dürfen nicht allzu ernsthaft genommen werden, da man selten einen Genossen dieser Organisation trifft, der sie voll und ganz vertritt.

Die von der OCI unterstützte *Sozialistische Arbeiterpolitik* (April/Mai '74), hat die Position ihrer größeren französischen Verwandten auch übernommen und mit einer Deutlichkeit formuliert, die wahrscheinlich die OCI etwas in Verlegenheit gebracht hat. Die SAP verkündete: „Die Wahl von Mitterand wird ein wichtiger Sieg der französischen Arbeiterklasse über das Kapital und seine Parteien." Offensichtlich hat Lenin — nach der Logik der SAP - einen schweren Fehler begangen, Kerenski, den „Kandidaten der Arbeiterparteien", nicht zu unterstützen.

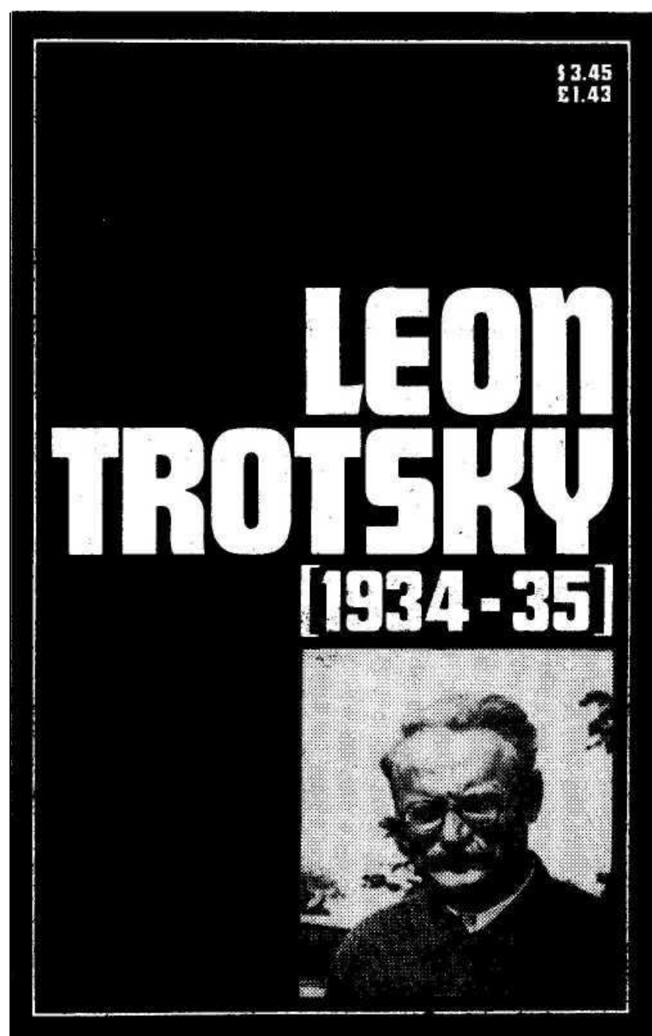
Der knappe Wahlsieg Giscard d'Estaing hat der französischen Bourgeoisie - trotz ihrer Desorientierung nach den Tode Pompidous und dem Zerfall der gaullistischen Koalition - noch eine Gelegenheit gegeben, vorläufig ohne Einbeziehung der reformistischen Arbeiterparteien zu regieren. Wie lange dieser Zustand dauern wird, ist eine andere Frage — im wesentlichen bestimmt durch die Militanz der französischen Arbeiterklasse. Sicher ist, daß die Regierung Giscards, der seit 5 Jahren französischer Wirtschafts- und Finanzminister gewesen ist, keine „Erlösung" für die wirtschaftliche Schwierigkeiten der französischen Bourgeoisie bringen wird. Wenn die Situation es erfordert, wird die französische Bourgeoisie an die Arbeiterverräter appellieren, in eine Regierung einzutreten, um das Proletariat zu „zähmen". Eine mögliche Variante ist ein Auseinanderbrechen der „Union de la Gauche" an den Differenzen zwischen PCF und PSF, die schon vor dem Tode Pompidous den Block zu sprengen drohten, mit einer Annäherung der PSF alleine an die großen bürgerlichen Parteien. Aber, ob diese oder eine andere Variante eintrifft, die Haltung der Bolschewisten kann nur den konsequenten Kampf gegen jedes Bündnis der bürgerlichen Arbeiterparteien mit der Bourgeoisie sein. Wie Trotzki geschrieben hat: „Die 'Volksfront[4] auf der einen Seite — der Faschismus auf der anderen: dies sind die letzten politischen Hilfsmittel des Imperialismus im Kampf gegen die proletarische Revolution." Diesem .Hilfsmittel* kann man *keine* Unterstützung gewähren.
Für den Wiederaufbau der Vierten Internationale!

EIN KOMPASS OHNE ORIENTIERUNG

In den Organisationen, die sich hierzulande zum Trotzkismus bekennen, ist in letzter Zeit einiges in Bewegung geraten. Während die drei Fraktionen, die in der GIM entstanden sind, den Rahmen ihrer Organisation noch nicht gesprengt haben, ist die KJO Spartacus in mehrere Richtungen auseinandergeplatzt. Leider zeigt dieser Zersetzungsprozeß nur aufs neue, wie schwer es für Leute selbst mit den besten revolutionären Absichten ist, mit politisch verrotteten Konzeptionen zu brechen, wenn sie in diesen „groß geworden" sind.

Als sich 1969 die IKD-KJO-Tendenz von der „deutschen Sektion der Vierten Internationale" trennte, hatten die Genossen die ehrlichsten Intentionen, mit diesem Bruch zugleich eine gründliche Abkehr von den programmatischen Grundlagen der alten Organisation (dem „Pabloismus") zu vollziehen. Das Ergebnis war jedoch nur eine linke Variante pabloistischer Theorie und Praxis. Einerseits wurde z. B. die Neokapitalismus-Theorie Mandels einfach mitgeschleppt. Mit dem „Entrismus" der alten Sektion in der SPD rechnete man andererseits so „gründlich" ab, daß aus der Sozialdemokratie eine „rein bürgerliche" Partei wurde, vergleichbar den amerikanischen Demokraten, ein Exponent des „technokratischen Flügels der Bourgeoisie".. Daß die GIM-Pabloisten kurz darauf den Entrismus mit sehr ähnlicher Begründung über Bord warfen, zeigt den Wert solcher programmatischer Radikalkuren.

Entscheidend für den pabloistischen Revisionismus jeder Schattierung ist jedoch die Weigerung, die Partei mittels des revolutionären Übergangsprogramms aufzubauen. An dessen Stelle tritt die Suche nach „Spezialavantgarden", die um ein reduziertes Programm herum mobilisiert werden können. So orientierte sich die IKD auf die angeblich strategische Rolle der Arbeiterjugend beim Aufbau der revolutionären Partei und beschränkte selbst ihre Propaganda weitgehend auf Losungen, die für Lehrlinge zugeschnitten waren.



Der Kern der alten IKD vertritt weiterhin diese spezifische Orientierung. Auch die ultralinke Einschätzung der SPD als einer durch und durch bürgerlichen Partei wird von diesen Genossen aufrecht erhalten. Gleichzeitig können sie jedoch das Scheitern der KJO-Perspektive nicht leugnen: Hilflos suchen sie sie nach dem lebendigen Ausdruck einer Bewegung der Arbeiterjugend in den sozialdemokratischen Organisationen (obwohl diese „rein bürgerlich" sind!). Ihr aktuell noch mit Reminiszenzen aus der KJO-Zeit verbrämter Entrismus ist nur eine Zwischenetappe auf der verzweifelten Flucht nach rechts.

Die alte „Mehrheit" der KJO, die erst die KJO-Konzeption durch eine „Bolschewisierung" der Organisation über die Herausgabe einer 14-Tage-Zeitung effizienter realisieren wollte, hat inzwischen ihre politische Vergangenheit oberflächlich verdrängt und Zuflucht bei der vom syndikalistischen Opportunismus geprägten Spartacus/BL-Organisation gesucht. Die Fusion zum Spartacusbund hat eine erneute linkspabloistische Barriere geschaffen (in der nächsten Ausgabe der KK wird dazu ausführlich eingegangen werden).

Zwischen diesen beiden Varianten pendelt orientierungslos die Kompaß-Gruppe. (Nicht zu verwechseln mit der gleichnamigen Tendenz in der GIM!) Die „Fragestellung" der IKD, *eine* zentrale strategische *Achse* zum Parteiaufbau unabhängig vom Übergangsprogramm der revolutionären Machteroberung zu entwickeln, wird einerseits als korrektes Postulat und wesentliches Erbe der eigenen kurzlebigen Tradition aufrechterhalten. Andererseits werden die Schritte der „praktischen Arbeit" in einen gewerkschaftlich-bornierten Rahmen gepreßt. Beide Momente, die sich bei den oben genannten Gruppen organisatorisch verselbständigt haben, bilden bei der Kompaß-Gruppe eine Einheit in konsequenter Fortführung der IKD-Sektenlogik. Die Entwicklungsperspektiven des Kompaß als Gruppe sind heute schon erkennbar. Er kann nicht lange zwischen den Stühlen hängen bleiben. Einige Elemente werden nach rechts abwandern; die organisatorische Form dieses Prozesses ist noch offen: ob „Entrismus" oder handwerklerische Gewerkschaftsarbeit. Andere werden als theoretischer Debattierzirkel kapitulieren. Nur wenige werden den Weg zum revolutionären Marxismus durch einen vollständigen Bruch mit ihrer politischen Vergangenheit finden.

Der Revisionismus in der Fragestellung von IKD und Kompaß

Die zentrale politische Position des Kompaß im Verhältnis zur IKD-Programmatik ist einfach. Kompaß behauptet, daß sich IKD/KJO „die entscheidende Aufgabe" gestellt haben. Sie hätten nur in impressionistischer Weise die potentielle Radikalisierung von Teilen der Arbeiterjugend als nahezu epochal gültige Antwort gegeben. Aber der Anspruch, eine „konkrete strategische Perspektive" zum „Parteiaufbau" zu finden, so wie er von den IKD formuliert worden ist, bleibe unverändert korrekt. Ob ein „konkreter Ausweg" in der „Strategie" vorliege oder nicht, werde durch ein Kriterium aufgezeigt: die erfolgreiche Überwindung der Isolation von der Klasse. Nach diesem Kriterium gemessen war - der Kompaß pendelt zwischen beiden grundverschiedenen Einschätzungen — entweder die .strategische Orientierung auf die Arbeiterjugend* falsch oder der Versuch, das „Programm" der KJO praktisch umzusetzen, fehlerhaft. Gegenwärtig läßt sich jedenfalls nach Ansicht des Kompaß kein Hund mehr mit der KJO-Konzeption hinterm Ofen vorlocken.

Der Kompaß wagt aber noch keine neue Antwort, seine vorgebliche Perspektive ist: eine neue Strategie finden, ein neues Programm entwickeln, eine neue strategische Achse ausklügeln! Da den Kompaß nur „sehr dünne Fäden der Theorie" - wie er sagt — mit der Tradition der Arbeiterbewegung verbinden und bescheidene Intellektuelle, die „Politik machen" wollen, vordergründig vor Schreibtischkonstruktionen zurückschrecken, nach denen die Geschichte zu modeln wäre, gilt es für ihn, „praktische Erfahrungen in den aktuellen Kämpfen" zu sammeln, „Momente der Parteitheorie aus tatsächlich stattfindenden Kämpfen" zu entwickeln, kurz: für die Partei gilt, sie „aus dem inneren Klärungsprozeß des Proletariats" herauszubilden! Der alte Berliner KB/ML feiert nachträglich im vorgeblich trotzkistischen Milieu Triumphe. Dem organischen Herausbildungsprozeß will man sich nicht durch die Propaganda des „historischen Programms" der Arbeiterklasse entgegenstellen, sondern man orientiert sich auf die „aktuell mögliche Politik in der Arbeiterklasse", man wird also in seiner „konkreten Propaganda"... „die Frage (!!) nach dem Programm und der Organisierung der Arbeiterbewegung hier und heute" aufwerfen. Als Kommunist ist man bescheiden und dient der Bewegung, so die Logik. Oder in der polemischen Gedankengang Lenins: Notwendig ist, was aktuell möglich in der Arbeiterklasse ist, und aktuell möglich ist, was „konkret", „praktisch" im gegebenen Augenblick vorsichgeht. Das ist die Richtung des grenzenlosen Opportunismus, der schließlich auch zur organisatorischen Liquidation führen muß: das Programm wird man in „offenen Diskussionen in Arbeiterversammlungen" ermitteln.

Welche Dynamik diesem Opportunismus innewohnt, sollte den Berliner Kompaß-Genossen schon klar geworden sein, als sie aus dem Rhein-Main-Gebiet von ihren Fraktionsgenossen zu hören bekamen: „Es ist nicht möglich, heute ,die Strategie* zu bestimmen, d.h. jenes .kombiniertes System von Handlungen*, die zur Eroberung der Macht führen." Die in Anlehnung an Lukacs erfolgte und als „orthodoxe Parteitheorie" (!) deklarierte Hochstilisierung des „zugerechneten Klassenbewußtseins" zum historischen Subjekt führte notwendig dazu, selbst das „Ziel der Etappe", den Aufbau der Partei, zu ersetzen durch die „Entfaltung des Bewußtseins des Proletariats als politisches Bewußtsein". Oder wie die liquidatorische Selbstverleugnung noch ausgedrückt wurde: die Partei könne erst zum materiellen Ausdruck des subjektiven Faktors werden, wenn er zumindest partiell vorhanden

sei! Daß der „subjektive Faktor" durch die bewußte Konstituierung der bolschewistischen Organisation auf der Basis des revolutionären Programms geschaffen wird, verdrängt man schlicht. Weil das Bewußtsein der Arbeiterklasse durch bürgerliche Ideologien vernebelt wird und die spontanen Ausdrucksformen des proletarischen Kampfes nicht von revolutionärer Qualität sind, schraubt man seine eigenen Aufgaben, seine eigene „Bewußtheit" auf diese Rückständigkeit zurück. Es mag ja stimmen, daß in der Arbeiterklasse insgesamt „wenig Interesse an kommunistischen Verlautbarungen" besteht. Aber deshalb den Nutzen der revolutionären Propaganda zu negieren, sich auf eine konzentrierte Gewerkschaftspraxis zur Sammlung von Informationen[4] zu beschränken und dann ‘in der Organisation ein Gegengewicht durch theoretische, programmatische Festigung schaffen* zu wollen, ist eben besagter grenzenloser Opportunismus mit kommunistischen Gefühlen in einer idyllischen Gartenlaube.

Gegen diese opportunistischen Gelüste, mittels „individueller Verankerung" von „Kadern" die „Strategiefindung" voranzutreiben, muß die trotzkistische Alternative scharf abgegrenzt werden: die Mobilisierung der Massen um das System der Übergangsforderungen. Die proletarische Eroberung der Staatsmacht ist *die* revolutionäre Strategie, deren wesentlichstes Moment die revolutionäre Führung durch die bolschewistische Organisation. Für die Perspektive der proletarischen Revolution gibt es *nur ein* Programm. Der Gedanke, daß es in dem revolutionären Prozeß für die verschiedenen Entwicklungsphasen verschiedene „Programme" gibt, ist nichts anderes als die *Auflösung der revolutionären Programmatik.* Diese Auflösung kann unterschiedliche Gestalt annehmen: menschewistische (und stalinistische) Etappentheorien, pabloistisches Suchen nach Ersatzavantgarden kleinbürgerlichen (VS) oder syndikalistischen Charakters (Spartacusbund, Kompaß).

Die revisionistische Ablehnung der Übergangsprogrammatik

Hier wird der ja auch keineswegs geleugnete Zusammenhang der Kompaß-Ideologie mit dem Kern des IKD-Revisionismus deutlich. Die IKD haben auf programmatischer Ebene eine klare Etappenkonstruktion vertreten: Die Übergangsprogrammatik tauge nur für revolutionäre Situationen, in „nicht-revolutionären" Zeiten sei dieses „Konzept" nicht brauchbar!! Die Kompaß-Gruppe steht in dieser Tradition. Sie leugnet die Wissenschaftlichkeit, den objektiven Charakter der revolutionären Programmatik. Für die „Erarbeitung eines Übergangsprogramms" ist — laut Kompaß und IKD - die „Existenz einer Situation (erforderlich), in der die Revolution zur aktuellen Tagesfrage wird"; die Vorhut könne den Massen nur dort „den Weg weisen, wo das Problem der Staatsmacht konkret sichtbar wird. Das ist aber ganz offensichtlich in ‚normalen' Zeiten nicht der Fall, sondern nur für revolutionäre bzw. vorrevolutionäre Situationen". Die Metaphysik des „Konkreten" läßt die Genossen wahre Purzelbäume schlagen; es „müssen die konkreten Besonderheiten jedes Landes als *Ausgangspunkt* für die Konkretisierung des allgemeinen Programms der sozialistischen Revolution genommen werden", heißt es bar der dialektischen Logik. Die Logik des Opportunismus ist jedoch klar: erst wenn das Proletariat selbst bereit ist, die Frage der Machteroberung „konkret" anzugehen, ist die Basis für die Verteidigung des revolutionären Programms vorhanden. Versteckt sich hier nicht die kleinbürgerliche Angst, erst dann bis zur letzten Konsequenz für den Sozialismus Partei zu ergreifen, wenn die Arbeiterklasse auf Leben und Tod um den historischen Sieg kämpft?
Revolutionäre müssen gegenüber dieser opportunistischen Verzagtheit stets völlige Klarheit darüber verschaffen, daß es nur einen Ausweg aus kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung gibt: die sozialistische Revolution des Proletariats. Dieser Ausweg wird eröffnet durch das Übergangsprogramm. Ja, aber die Massen verstehen doch das Übergangsprogramm nicht; für das revolutionäre Programm nur Propaganda zu machen, wird uns keinen Einbruch in die Klasse bringen. Dieses Gezeter der Philister verbirgt nichts anderes als ihre opportunistische Kapitulation vor der historischen Dimension der revolutionären Perspektive. Die ideologische Knebelung der Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie und ihre Agenturen in der Arbeiterbewegung dient als Legitimation für die Anpassung an die Rückständigkeit der Massen, für die Weigerung, die „Brücke" zur Machteroberung aufzuweisen, kurz gesagt: für Nachtrabpolitik.

Die Konzeption der kämpfenden Propagandagruppe

Das Selbstverständnis der Kompaß-Gruppe ist seit ihrer Herausbildung in den fraktionellen Auseinandersetzungen der KJO Spartacus ausgesprochen ambivalent. Wehrte man sich anfänglich gegen den Plan der 14-Tage-Zeitung mit dem Argument, man wolle keine kämpfende Propagandaorganisation sein, so polemisierte man einige Monate später gegen die „agitatorischen Verzerrungen" der Mehrheitsfraktion und wollte Klarheit über die „propagandistische Etappe des Aufbaus der Organisation" verschaffen. Selbst die Kategorie der „kämpfenden Propagandagruppe" war für einige Zeit en vogue. Nie wurde jedoch die Basis einer solchen Propagandagruppe - das Programm - inhaltlich diskutiert. Es verwundert folglich auch nicht, daß der Kompaß inzwischen wieder in eine andere Richtung weist: das Postulat einer möglichst „konkreten Propaganda" wird polemisch in einen Gegensatz zum „abstrakten" Verteidigen der „Grundsätze und Erkenntnisse des revolutionären Marxismus" gestellt. „Konkrete Propaganda" in der Kompaß-Gegenüberstellung zur „abstrakten" ist nichts anderes als die IKD-Denunziation der Verteidigung des Übergangsprogramms als eines „faulen Propagandismus". Der Kompaß will an den „konkreten" Problemen der Kollegen in Betrieb und Gewerkschaft anschließen, ohne Auskunft darüber zu geben, wohin seine Nadel weist. Er weiß es ja auch selbst nicht.

Seine Angst vor der „Selbstzerfleischung der kommunistischen Gruppen“ ist ein schlecht verstandener Reflex des Sektengezänks. Statt klar die Alternative der politischen Zerstörung des Sektenwesens durch den Aufbau der Organisation anzugeben, die sich auf der Basis des revolutionären Programms fundiert, träumt die Kompaß-Gruppe über die Idylle des „kommunistischen“ Familienfriedens - man könnte doch gemeinsam ohne „Selbstzerfleischung“ „Einblick in die Gewerkschaftspraxis bekommen“. Gegen eine aggressive Umgruppierungspolitik steht die Hoffnung auf ein durch „Fragen“ angeregtes „Aufbrechen der sektiererischen Fronten“. Genossen, wer sich weigert, konterrevolutionäre und verräterische Führungen und Barrieren politisch zu zerschlagen, übernimmt Verantwortung dafür, daß durch diese die Arbeiterklasse Niederlagen erleidet und die Arbeiterbewegung von der Konterrevolution zerfleischt wird?

Die erste Pflicht der Bolschewiki ist aber zu sagen, was ist, wohin sie mit welchen Mitteln wollen. Wenn die revolutionäre Stoßrichtung von den „Massen“ noch nicht verstanden wird, dann hat ihre Arbeit wesentlich propagandistischen Charakter. Sie müssen den wenigen „Vorhutelementen“, die für das revolutionäre Programm aufnahmefähig sind, die vielen Ideen des Kommunismus geduldig und zäh erläutern, auf der Ebene des revolutionären Programms sich mit diesen „Elementen“ in der bolschewistischen Organisation verschmelzen. Und da diese „Elemente“ nicht wild als Individuen umherirren oder in Studierzimmern hocken, sondern in traditionellen Arbeiterorganisationen bzw. in konkurrierenden, d.h. vorgeblich revolutionären Organisationen tätig sind, ist der taktische Ausdruck dieser „Verschmelzung“ ein Umgruppierungsprozeß mit Spaltungen und Fusionen. Diese Ausrichtung auf den Aufbau der revolutionären Vorhut ist in *allen* Bereichen kommunistischer Praxis, d.h. auch in der Gewerkschaftsarbeit, von grundlegender Bedeutung. Kommunisten haben nicht in lauter Güte und Friedfertigkeit die „Chance“ zu erhaschen, durch ein langfristig angelegtes Versteckspiel sich in die Seelen der Kollegen einzunisten. Worum es in der „Verankerung“ geht, ist nicht die Anerkennung als Individuum durch „die“ Kollegen, sondern die Verbreitung des revolutionären Programms durch den Aufbau der Avantgardeorganisation. Nur so konstituiert sich die revolutionäre Organisation - national und international; darauf konstituiert sich ihre Praxis. Darin findet sie ihre Existenzberechtigung.

Die Genossen des Kompaß leugnen die alleinige Basis der kommunistischen Organisation in ihrem revolutionären Programm. Sie wollen keine kommunistische Organisation, sie akzeptieren sie bestenfalls für eine „vorrevolutionäre, bzw. revolutionäre Situation“. Die implizite Logik ihrer Position ist, daß eine zentristische oder gar reformistische Organisation mit Arbeitermitgliedern ihnen wünschenswerter erscheint als eine kleine, aber harte Organisation mit einem revolutionären Programm, die in nicht-revolutionären Situationen gegen den Strom zu schwimmen hat. Eine „praktisch relevante Kampfperspektive“, realisiert von Arbeitern, ist ihr ideologisches non plus ultra - egal, ob der „Kampf* historisch perspektivlos ist oder nur in Niederlagen enden kann.

Dieser Gedanke begründet auch ihr Verhältnis zur Vierten Internationale. Da die Vierte Internationale nicht den Charakter einer Masseninternationale hatte, sich nicht auf Sektionen mit breitem Masseneinfluß stützte, habe sie eigentlich gar nicht bestanden, ihre Gründung wäre also letztlich ein historischer Irrtum.

Aber die Genossen der Kompaß-Gruppe überflügeln noch diese These des Antitrotzkisten Isaac Deutscher. Selbst programmatisch — und das ist ja die entscheidende Frage - sei die Gründung der Vierten Internationale nicht gerechtfertigt: „Im Gegensatz zu der Mehrzahl trotzkistischer Gruppen... meinen wir, daß dieses Gründungsdokument der Vierten Internationale nie ein ‚Übergangsprogramm' im strengen Sinne des Wortes - *als Handlungsanleitung für die nationalen Sektionen - gewesen ist und sein konnte... Neben den nationalen Besonderheiten** *ist aber andererseits auch die Existenz einer Situation, in der die Revolution zur aktuellen Tagesfrage wird, für die Erarbeitung eines Übergangsprogramms von grundsätzlicher Bedeutung. Der Sinn von Übergangsprogrammen liegt nicht darin, zwischen einem beliebigen Bewußtsein der Massen und dem revolutionären Endziel zu vermitteln - was vollständig unmöglich ist - , sondern dort den Weg zu weisen, wo das Problem der Staatsmacht konkret sichtbar wird. Dies ist aber ganz offensichtlich in ‚normalen ‘ Zeiten nicht der Fall, sondern nur in revolutionären bzw. vorrevolutionären Situationen. Das Programm des Übergangs gewinnt seine konkrete Gestalt und seinen Übergangscharakter daher auch nur in solchen Situationen. “*

Daß das revolutionäre Programm erst in revolutionären Situationen „zur materiellen Gewalt wird, indem es die Massen ergreift“, ist ein Gemeinplatz. Doch selbst in noch so revolutionären Situationen bedarf es einer bereits vorhandenen, organisierten Avantgarde, damit die Verbindung von Massenbewegung und Programm Wirklichkeit wird. Indem die Kompaß-Gruppe sich weigert, bereits heute das revolutionäre Programm unter potentiellen Avantgarde-Elementen zu propagieren (sie bezeichnet das als *„abstrakten Propagandismus“)*, kapituliert sie vollständig vor der Aufgabe, die revolutionäre Partei aufzubauen. Sie erwartet die *„Herausbildung“* der Partei vielmehr *„aus dem inneren Klärungsprozeß des Proletariats, aus seinen Kämpfen usw. “* Haltet ihr eine solche Position wirklich für Trotzkismus, Genossen? Wir würden sie eher als Lehnstuhl-Spontaneismus bezeichnen.

L I T E R A T U R L I S T E

***Kommunistische Korrespondenz,* erscheint etwa sechswöchentlich, 5 Nummern DM 3,5o**

Bulletin der Bolschewiki-Leninisten, **Organ der ÖBL,**
erscheint unregelmäßig 5 Nummern DM 4,-
Nr. 1, Dez. 1973:
Artikel und Flugblätter der Spartacist League zu Chile

***Spartacist,* deutsche Ausgabe, Nr. 1 soeben erschienen DM 1,-**

***Spartacist,* an Organ of Revolutionär Marxism; pro Nummer DM 1,-**
hrsg.: vom ZK der SL/US
Nr. 21: Genesis of Pabloism; Bala Tampoe Affair;
Nr. 22: E. Samarakkody: The Struggle for Trotzkyism in Ceylon;
Bala Tampoe II; Open Letter to OCRFI and OCI.

***Workers Vanguard,* 15-tägige Zeitung der SL/US, Halbjahresabonnement DM 10,-**

***Women and Revolution,* Organ der Frauenkommission des ZK der**

SL/US, pro Nummer DM 1,~

***Spartacist,* ed. francaise, Nr. 1-5, pro Nummer DM 1,-**

***Grundsatzerklärung der SL* in deutsch, französisch, spanisch, englisch,**

italienisch, pro Nummer DM o,5o

***Australasian Spartacist,* Organ der SL/Australia and New Zealand**

(ANZ) l0 Nummern DM 4,-

zu beziehen über die Redaktionsadresse:

Zuschriften an die Redaktion : 1 Berlin 12o, Postlagerkarte A o51 429

österreichische Anschrift: Wien 1 o51, Postfach 236

Postscheckkonto Berlin West 5o3 57 - lo7 (Wolfgang Hohmann)

DER WELTKONGRESS DES „VEREINIGTEN SEKRETARIATS“ ODER EINHEIT AM SEIDENEN FADEN

Übersetzung aus Workers Vanguard Nr. 42 vom 12. April 1974

Der zehnte Weltkongreß des sogenannten „Vereinigten Sekretariats“, welches nicht nur fälschlicherweise behauptet, trotzkistisch zu sein, sondern sich noch dazu einbildet, die Vierte Internationale darzustellen, fand Mitte Februar in Südschweden statt. Während der Weltkongreß, der wiederholt verschoben wurde, sich angeblich auf politische Diskussionen über ausstehende Differenzen konzentrieren sollte, stellte er in Wirklichkeit einen verzweifelten Versuch auf seiten der zwei Hauptströmungen innerhalb des „Vereinigten Sekretariats“ — der reformistischen Minderheit, geführt von der dem „Vereinigten Sekretariat“ „brüderlich angeschlossenen“ SWP und der zentristischen Mehrheit, geführt von der ehemaligen Ligue Communiste in Frankreich und anderen europäischen Sektionen — dar, tiefe programmatische Differenzen zu verdecken, um die Stärke, das Wachstum und das demokratische Funktionieren ihrer Pseudo- „Vierten Internationale“ behaupten zu können.

In Wirklichkeit hat der Kongreß nur die politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Hauptprotagonisten durch eine Reihe von organisatorischen Absprachen und politischen Manövern in letzter Minute eingedämmt. Wo die inneren Spannungen in den nationalen Sektionen dieses alles andere als „einheitlichen“ verrotteten Blocks schon zu einer offenen Spaltung geführt haben, wie dies schon in fünf Ländern geschehen ist (Kanada, Mexiko, Australien, Peru und Spanien), versuchte der Kongreß, gute Miene zum bösen Spiel zu machen, indem er den verschiedenen Gruppen den Status sympathisierender Organisationen verlieh.
Die Revolutionary Marxist Group (RMG) in Kanada und die Communist League of Australia, die beide die europäische Mehrheit unterstützen, wurden auf dieser Basis im Vereinigten Sekretariat akzeptiert.
Als Ergebnis des plötzlichen Austritts der bis dahin von der Mehrheit unterstützten PRT/ERP (der sogenannten „trotzkistischen Guerillas“) aus dem Vereinigten Sekretariat im Sommer letzten Jahres, erkannte der Kongreß als einzige sympathisierende Sektion in Argentinien die der Minderheit nahestehende Partido Socialista de los Trabajadores (PST) an (mit der die ehemalige „Rote Fraktion“ der PRT/ERP, die mit der Mehrheit sympathisiert, kürzlich fusioniert hat).

Parallel zum organisatorischen Kuhhandel zielten die politischen Absprachen darauf ab, jedermann zu besänftigen, jedoch niemanden zufriedenzustellen. Kurze Zeit vor dem Kongreß konzentrierten sich die wichtigsten Debatten auf die Guerilla-Orientierung der europäischen Mehrheit, vornehmlich im Sinne der Lateinamerika-Resolution, die 1969 vom VS angenommen wurde, doch auch, wie die kürzlich stattgefundene Auseinandersetzung zwischen der SWP und der ehemaligen Ligue Communiste über die Ermordung des spanischen Ministerpräsidenten Carrero Blanco durch baskische Nationalisten gezeigt hat, auf Europa und die USA.

Seit die Stoßrichtung der von der SWP geführten Kritik der Minderheit gegen die argentinische PRT/ERP gerichtet war, die sich unter anderem auch auf Mao, Castro, Ho Chi Minh und Kim II Sung beruft und die im Sommer letzten Jahres das VS verlassen hat — versuchte die Mehrheit um Mandel/Maitan/Frank ihren Opportunismus dadurch zu verdecken, daß sie ziemlich spät „militaristische Abweichungen“ in der ERP entdeckt haben. Als Ergebnis der Verlegenheit der Mehrheit über den Austritt der PRT/ERP sah sich Livio Maitan, der Hauptprotagonist der Guerilla-Strategie des VS für Lateinamerika, gezwungen, eine harmlose Selbstkritik zu leisten *(Intercontinental Press, 2. Juli 1973)* und die von der SWP unterstützte PST wurde neu als sympathisierende Sektion bestätigt. Andererseits zeigte sich der äußerste politische Bankrott der PST, als einige ihrer Mitglieder auf dem Kongreß erklärten, die Situation in Argentinien würde sich in naher Zukunft „stabilisieren“ — und das, auf der Höhe von Perons Hexenjagd auf die Linke und kurz vor dem rechten Polizeicoup in Cordoba!

Tatsächlich jedoch besitzt für die Mehrheit die Orientierung auf die Guerilla-Strategie auch für Europa Gültigkeit. So hat die ehemalige Ligue Communiste (und ihr spanischer Satellit, die LCR) übereinstimmend die „Gewaltanwendung durch die Avantgarde“ als wichtiges Mittel zur Mobilisierung der Massen befürwortet. Erst im letzten Jahr hat ein Mitglied des Politischen Büros der Ligue auf die uruguayanischen Tupamaros verwiesen, die von den „militärischen Fähigkeiten“ der Kleinbourgeoisie geeigneten Gebrauch machen, um die Passivität der Arbeiterklasse auszugleichen *(SWP, Internal Information Bulletin, No. 6, 1973).* Daß diese Linie trotz einer formellen Zurücknahme durch den Autor beträchtlichen Einfluß in der europäischen Mehrheit hatte, zeigte sich, als die Ligue auf voluntaristische Weise und isoliert gegen die bewaffnete Macht des französischen Staates vorzugehen versuchte (siehe ihren Angriff auf die Versammlung des faschistischen Ordre nouveau im Juni letzten Jahres). Dieses Abenteuer führte dann zum Verbot der Ligue, deren Anhänger sich jetzt um die Zeitung “Rouge“ herumgruppieren.

Die Debatte über den Terrorismus bzw. Guerillerismus entbrannte erneut im Januar anläßlich der Ermordung des spanischen Ministerpräsidenten durch die baskische nationalistische ETA-V nur wenige Wochen vor dem Weltkongreß. Die Liga Comunista Revolucionaria und die ETA-VI, (eine Abspaltung von der ETA-V) spanische Gruppen, die die europäische Mehrheit unterstützen, gaben dem dramatischen Bombenattentat „volle Unterstützung“ *(siehe das Interview in Intercontinental Press, 21. Januar 1974)* auf der Grundlage, daß es eine politische Krise in Spanien eröffnen würde. Dies führt natürlich zu der Fragestellung, warum die europäische Mehrheit, wenn sie derartige terroristische Aktionen „voll

unterstützt", dann nicht selbst welche unternimmt? Die Frage blieb bisher noch unbeantwortet, weil die führenden Genossen des VS sich sehr wohl der harten Opposition Lenins und Trotzkis gegen die anarchi-stisch—nationalistische Strategie des Terrorismus bewußt sind; ebenso sind sie unwillig, ihre Respektierlichkeit zu riskieren, die es ihnen ermöglicht, sich an Wahlen zu beteiligen (vielleicht billigt man ihnen sogar freie Fernsehzeit zu!), Massenveranstaltungen abzuhalten, usw.

Die Mehrheit um Mandel/Maitan/Frank versucht ebenfalls, die tiefen politischen Differenzen dadurch zu verharmlosen, daß sie der sogenannten „Dritten Tendenz", die von der Kompaß-Gruppe in der deutschen Sektion, der Gruppe Internationaler Marxisten (GIM) geführt wird, Konzessionen macht. Die Mehrheit nahm Schönheitsverbesserungen an, die die Kompaß- Tendenz vorgeschlagen hatte, die einfach einige der ganz offen antimarxistischen Termini des Dokuments über die europäische „Massenavantgarde" ersetzte, ohne es jedoch wesentlich im Inhalt zu verändern. Diese Abänderungen konnten die Kompaß-Gruppe, die ihre eigene Resolution zurückgezogen hatte, jedoch nicht zufriedenstellen (zum SWP-Kongreß im Dezember sandten sie ebenfalls einen Delegierten). Ein führender Genosse im Kompaß soll Berichten zufolge gesagt haben, daß der Fraktionskampf in Deutschland fortgesetzt werde, wo die Kompaß-Gruppe auf der letzten nationalen Konferenz der GIM nur ein paar Stimmen weniger als die Mehrheit erhielt.

Der wahrlich desperate Charakter der Absprachen, die auf dem Weltkongreß gemacht wurden, kommt durch Gerüchte zum Vorschein, denen zufolge der Hauptsprecher der Mehrheit, Ernest Mandel, gedroht haben soll, seine Stimme der SWP zu geben, falls einige der europäischen Delegationen nicht für die organisatorischen Kompromisse stimmen würden. Ein gleichermaßen interessantes Indiz ist der Bericht, daß die amerikanische Gruppe tatsächlich beschlossen hat, das Büro des VS zu boykottieren, indem sie sich weigerte, ihre eigenen Repräsentanten zu entsenden, um die Körperschaft bei der Durchführung der Beschlüsse des Kongresses unter der Leitung des IEK zu unterstützen.

Während die europäische Mehrheit mit einiger Schwierigkeit in der Lage war, eine Einheitsfront gegen die SWP zustandezubringen, ist sie selbst von jeder Einheit weit entfernt. Zusätzlich zu den Spannungen zwischen Mandel und Maitan zeichnet sich ein beträchtliches Unbehagen in bezug auf die Guerilla-Orientierung für Lateinamerika ab. Kurze Zeit vor dem Kongreß hatte der Redakteur von *Rouge*, J.-P. Beauvais, der auch der führende Sprecher des VS für Chile ist, eine vernichtende Kritik an der Mehrheitsposition für Lateinamerika geleistet, wobei er gleichzeitig die Minderheitsposition ablehnte. Inzwischen stagniert die ehemalige Ligue mit wenig wirklicher interner Diskussion und mit dem weitverbreiteten Gefühl der Isoliertheit, der mangelnden Effektivität und Unstimmigkeit. Ein Beispiel aus jüngster Zeit für die totale politische Desorientierung der ehemaligen Ligue ist die Tatsache, daß die Anhänger von *Rouge* anläßlich des kürzlichen französischen Bankstreiks ein Flugblatt herausbrachten, in dem sie sich auf vier Forderungen konzentrierten. Eine der Forderungen lautete: „Für klare Forderungen!"

Die offizielle Abstimmung ergab für die Anhänger von Mandel 65% der Delegiertenstimmen; wenn man jedoch die Stimmen der sympathisierenden Organisationen mit dazuzählt, fällt ihr Anteil auf 53%. Zusätzlich zur Existenz von ungefähr gleich starken Kräften auf internationaler Ebene haben sich die politischen Differenzen zwischen den beiden Flügeln des „Vereinigten Sekretariats" keineswegs verringert. So ist das organisatorische Manövrieren der letzten Monate bestenfalls ein Notbehelf, der hingegen eine neue Opposition und Spaltungen nicht verhindern wird. (Die Abmachungen gegen neue Ausschlüsse werden genauso wenig dazu angetan sein, Spaltungen zu vermeiden, wie Mandels früheres Predigen für „Einheit" verhindern konnte, daß die Gruppen in Kanada und Australien, die der Mehrheit nahe stehen, sich abspalteten)

Inmitten dieses VS-Sumpfes ist es die Aufgabe ernsthafter Genossen, die einen Weg zum Trotzkismus suchen, für politische Klarheit zu kämpfen. Dies ist etwas, was niemand in den Auseinandersetzungen wünscht, denn dies würde ihre Pseudo-Internationale sprengen und würde in der Folge Hunderte von Genossen zwingen, Lenin und Trotzki zu lesen, anstatt bessere Wege ausfindig zu machen, um sich ihren jeweiligen „Massenbewegungen" und „neuen Massenavantgarden" anzupassen.
Wir müssen sehen, daß die SWP und Mandel/Maitan/Frank sich in einer Hinsicht einig sind, nämlich in ihrer gemeinsamen Feindseligkeit gegen den authentischen Trotzkismus.

Die Minderheit sowie die Mehrheit spiegeln die gleiche Anpassung an nicht-proletarische Führungen wieder, die den innersten Kern des pabloistischen Revisionismus bildete, der die Vierte Internationale zur Zeit der Spaltung im Jahre 1953 zerstörte. Wenn die Anhänger der SWP rechts von ihrem europäischen Gegenstück stehen, so spiegelt, dies in erster Linie die Differenzen in den Milieus wieder, vor denen sie kapitulieren wie z.B. dem radikalen kleinbürgerlichen Guerillafetischismus im letzteren Fall und bürgerlichem Pazifismus, Feminismus, schwarzem Nationalismus und gewerkschaftlichem Reformismus im ersteren.
Der Kampf für den Wiederaufbau der Vierten Internationale ist vor allem ein Kampf für das Programm des revolutionären Marxismus.

B u l l e t i n der

B O L S C H E W I K I - L E N I N I S T E N
Herausgegeben von den Österreichischen Bolschewiki-Leninisten

Inhalt der Nr. 2 (Juni 1974):

Zur Frage der Bürokratien Chinesischer Menschewismus
Portugal

VS-GRUPPEN GEGEN ARBEITERDEMOKRATIE

Sibylle Plogstedt und das Recht auf politische Diskussion in der Arbeiterbewegung

Auf einer Veranstaltung der GIM in Berlin am 30. 4. 74 über die bevorstehenden Wahlen in Frankreich wurde einem Genossen des Berliner Komitees in einer angeblich offenen Diskussion das Rederecht verweigert. Dieser Genosse hatte sich schriftlich und rechtzeitig für die Rednerliste gemeldet. Es handelte sich nicht um ein Mißverständnis, sondern um bewußte bürokratische Maßnahme. Die Versammlungsleiterin, Sybille Plogstedt, erklärte dem Genossen nach Ende der Veranstaltung, daß *ein* Genosse des Berliner Komitees schon gesprochen habe, und daß das genüge. Auf die Bemerkung, daß eine solche Verfahrensweise eine merkwürdige Auffassung der Arbeiterdemokratie zeige, reagierte sie mit Schweigen.

Dieser offensichtliche Verstoß gegen die Normen der Arbeiterdemokratie durch eine Organisation, die die Rätedemokratie propagiert und die sich auf den Trotzkismus beruft, mag verwunderlich erscheinen. Doppelt verwunderlich angesichts einer Versammlungsleitern!, die eben eine großangelegte Kampagne gegen ihr Berufsverbot geführt hat und die zwei Jahre lang in statistischer Haft saß. Man müßte meinen, daß unter solchen Umständen man die trotzkistische Tradition von Arbeiterdemokratie schätzen lernen würde.

Es handelt sich jedoch nicht um einen Einzelfall unter den bürokratischen Machenschaften des „Vereinigten“ Sekretariats, das zumindest in seiner Vorgehensweise gegen Kritik von links wirklich vereinigt ist. So haben z. B. in Wien am 1. Mai „Genossen“ der GRM (österreichische Sektion des VS) ein Transparent der Österreichischen Bolschewiki-Leninisten mit der Parole „Für den Wiederaufbau der IV. Internationale“ niedergerissen (siehe den Offenen Brief der ÖBL zu diesem Vorfall). Die politischen Verwandten der GIM sowohl in den USA (Socialist Workers Party) wie in Australien (Communist League) haben Mitglieder der „Revolutionary Internationalist Tendency“ — einer internationalen Tendenz im VS, die den Revisionismus beider Hauptfraktionen dieses verrotteten Blocks kritisiert hat - ausgeschlossen; und zwar nicht wegen Disziplinbruch, sondern wegen ihrer politischen Ideen, d. h. wegen Trotzkismus.

Wie die verschiedensten stalinistischen Organisationen zeigt das „Vereinigte“ Sekretariat sein „demokratische^1 Gesicht nur nach rechts; gegen trotzkistische Kritik, die den Anspruch dieses Blocks, die Kontinuität des Trotzkismus darzustellen, entlarvt, reagiert man anders. Der offene Brief unserer österreichischen Genossen zeigt deutlich, zu welchen Weiterungen ein solcher, scheinbar unbedeutender Vorfall, wie der auf der Berliner Veranstaltung, führen kann!

Offener Brief an alle Arbeiterorganisationen

DER 1. MAI IN WIEN - DIE GRM ORGANISIERT GEGEN ARBEITERDEMOKRATIE UND WILL DIE POLIZEI VON IHRER POLITIK ÜBERZEUGEN

Am 1. Mai gab es in Wien vier Demonstrationen - SPÖ, KPÖ, Kommunistischer Bund Wien/Vereinigung Revolutionärer Arbeiter (ML), Aktionseinheit auf Initiative der Gruppe Revolutionärer Marxisten — „österreichische Sektion der IV. Internationale“ (Vereinigtes Sekretariat).
Unsere Organisation beschloß, gemäß den Prinzipien der proletarischen Einheitsfront, an denjenigen Demonstrationen teilzunehmen, wo es uns das Kräfteverhältnis gestattete - d.h. an der KPÖ-Demonstration und an der Aktionseinheitsdemonstration. Die KPÖ wollte ihre Demonstration als Demonstration „für die Aktionseinheit“ verstanden wissen, und die KPÖ hielt sich auch korrekterweise an diesen Anspruch. Wir konnten uns ungehindert am Sammelplatz formieren und ungehindert mit unseren Flugblättern, Publikationen, Transparenten und Sprechchören an der Demonstration teilnehmen. Unsere Transparente waren: „Für den Sieg der proletarischen Revolution - Bolschewiki-Leninisten (Trotzkisten)“, „Sofort allgemeine Lohnverhandlungen — Gleitende Lohnskala“, „Kampf für die proletarische Einheitsfront“ und „Für den Wiederaufbau der IV. Internationale“, die unserer Auffassung nach durch pablistischen Revisionismus sowohl organisatorisch wie in der programmatischen Kontinuität zerstört worden ist.

Die GRM, unserer Auffassung nach pablistisch, fühlte sich durch unsere Propaganda genötigt, die elementarsten Prinzipien der Arbeiterdemokratie, der Einheitsfront, des Trotzkismus zu verwerfen und ihre schmutzigen Aktivitäten mittels syndikalistischer Helfershelfer zu tarnen. Obwohl im „Offenen Brief der GRM für einen kämpferischen 1. Mai“ vom 31.3., welcher als Basis der Aktionseinheit angenommen wurde, steht: „Auch die Freiheit der Propaganda wird durch die Organisierung einer gemeinsamen Demonstration nicht in Frage gestellt. Losungen, die über die Minimalplattform hinausgehen und dem Charakter der Demonstration nicht widersprechen, können mitgetragen werden“, wurde die Formierung unseres Blocks bei der Demonstration durch einen gangsteristischen Überfall behindert.
Kaum hatten wir uns formiert, kam Herr Genosse Hermann Dworczak, Herausgeber des Zentralorgans der GRM, mit Herrn Genossen Herbert Brunner, ein stadtbekannter Führer der Freien Österreichischen Jugend — Bewegung für Sozialismus, zu den Trägem des Transparentes „Für den Wiederaufbau der IV. Internationale“ und verlangte kategorisch die sofortige Entfernung, da das Transparent „unpolitisch“ sei, zur „Zerschlagung der GRM“ aufrufe (Dworczak) und da wir uns „ohnehin zuviel einbilden“ (Brunner). Als wir uns weigerten, zerriß Herr Brunner das Transparent. Ein hinter unserem Block beobachtender Polizist schritt bei dem folgenden Handgemenge ein; nachdem wir ihn überzeugt hatten, daß kein Grund für polizeiliche Maßnahmen vorliegt, umschmeichelte ihn ein Mitglied der GRM und versuchte ihn dazu zu bewegen, uns polizeilich das Tragen des mittlerweile improvisatorisch zusammengehefteten Transparentes zu verbieten (!), da es die IV. Internationale bereits gebe (!!) und es folglich nicht erlaubt werden könne, diese anscheinend als Markenzeichen eingetragene Internationale nicht als solche anzuerkennen (!!!) !

Zu Beginn der Demonstration fühlte sich die GRM bemüßigt, unsere Sprechchöre mit einem eigenen Lautsprecherwagen zu überplärren, während des gesamten Demonstrationsverlaufs kam es regelmäßig vor, daß der Polizeifreund ein von ihm mitgetragenes Megaphon in Ermangelung politischer Losungen unter Anwendung der Rückkopplungsgesetze lautest pfeifen ließ, um unsere Sprechchöre zu sabotieren.

Diese Fakten sprechen für sich selbst. Eine Organisation, die solche Maßnahmen anwendet, ist eine Eiterbeule der Arbeiterbewegung und muß *politisch* zerstört werden. Gleichwohl haben auch solche Organisationen als (wenn auch schädliche) Teile der Arbeiterbewegung das volle Recht auf freie Meinungsäußerung. Wir befürworten sogar eine solche, da ihre Programmatik mit jedem Tag mehr klar aufzeigt, daß sie keinerlei Perspektive für revolutionäre Kräfte sind.

Wir ersuchen euch um möglichst breite Publikation dieses Briefes.

Wien, den 12. Mai 1974

Mit genossenschaftlichem Gruß

Vorsitzender der Leitung der Österreichischen Bolschewiki-Leninisten K. Weißenböck

EINE BERICHTIGUNG UND EINE BESTÄTIGUNG

Der Spartacusbund zur Frauenfrage

In dem Artikel „Frauenfrage und revolutionärer Marxismus“ *(Kommunistische Korrespondenz,* Nr. 2), befindet sich ein faktischer Irrtum. Es wurde behauptet: „ Die oben angeführte Abstinenz (des Spartacusbundes) in der Frauenfrage zeigt sich z. B. daran, daß der Spartacusbund sich nicht an der Demonstration in Berlin beteiligt hat. Man konnte sich wohl auch nicht zu einem Flugblatt aufraffen.“ Beteiligt hat sich der Spartacusbund in der Tat nicht, **doch verteilte er ein Flugblatt** — was uns **leider entgangen ist.**

Es ist eine Pflicht für Revolutionäre, in ihren Publikationen für Genauigkeit zu sorgen, da ihre Organe dem Zweck der revolutionären Erziehung dienen. Ehrlichkeit ist für Revolutionäre kein Luxus, sondern eine Lebensnotwendigkeit. Wir drucken deshalb gern diese Korrektur. Anders ist die Praxis des Spartacusbundes. Trotz Protesten von Vertretern des Berliner Komitees, der Spartacist League/US und der ÖBL - schriftlich und mündlich - hat er nie die Notwendigkeit gesehen, seine krasse Entstellung unserer politischen Positionen (in *Spartacus,* Nr. 1) öffentlich zu korrigieren. Unser Irrtum in *KK Nr. 2* betrifft wohlgemerkt nicht die politische Position des Spartacusbundes.

Diese Entstellungen, die unser Verständnis des revolutionären Programms, unsere Auffassungen der Beziehungen zwischen Teilforderungen und Übergangsforderungen und unsere Position zur Parteidemokratie betreffen, wurden in der ersten Ausgabe der *Kommunistischen Korrespondenz* aufgedeckt. Der Kampf gegen Strohmänner — d. h. Positionen, die von den Leuten erfunden werden, die sie dann widerlegen — ist keine Art, eine politische Auseinandersetzung zu führen, sondern lediglich ein Mittel, ihr auszuweichen. Anscheinend hat der Spartacusbund das nötig.

Weil wir die Notwendigkeit erkennen, das Übergangsprogramm von Trotzki „in seiner Methodik und seinen grundlegenden Schlußfolgerungen“ *(KK Nr. 1)* mit den programmatischen Dokumenten der Komintern unter Lenin zur Basis unserer Politik zu machen und diese Programmatik aktiv propagieren und verteidigen, behauptet der Spartacusbund, unsere Position sei, daß es „neben dem Übergangsprogramm von 1938 keine andere programmatische und politische Grundlage für Kommunisten geben kann“. Nachdem SL-Genossen seit 1970 in Diskussionen mit der IKD/KJO die Losung der *revolutionären Wiedervereinigung Deutschlands* vertreten haben, wird behauptet, unsere Position sei, daß „die Berücksichtigung nationaler Besonderheiten (in der BRD z. B. die deutsche Spaltung) zu einer Degeneration und Revision des Übergangsprogramms führen muß“. Weil wir der Überzeugung sind, daß das *Recht* einer Minderheit in einer revolutionären Organisation (in einer Organisation also, die sich als *Vorhut* des Proletariats versteht), gegen die Mehrheit öffentlich (z. B. in der Parteipresse) Stellung zu nehmen, letztlich die Mobilisierung der rückständigen Elemente der Arbeiterklasse gegen die Vorhut bedeutet und im Grunde auf einem kautskyanischen Verständnis der Partei als „Partei der ganzen Klasse“ beruht, wird in *Spartacus Nr. 1* unterstellt, wir lehnten das Recht auf *interne* politische Auseinandersetzung ab.

Diese Haltung des Spartacusbundes bezeugt sowohl seine Unfähigkeit, den wirklichen politischen Argumenten des Berliner Komitees und der Spartacist League zu entgegnen, als auch sein tiefes Mißtrauen seinen eigenen Mitgliedern und Sympathisanten gegenüber. Offensichtlich meint die Führung des Spartacusbundes, daß unsere Argumente eine gewisse Anziehungskraft auf subjektiv revolutionäre Elemente in ihrer Organisation haben und fühlt sich deswegen gezwungen, gegen einen Strohmann zu polemisieren.

Doch zurück zur „Frauenfrage“! Es bleibt zu untersuchen, ob das Flugblatt des Spartacusbundes (Ortsgruppe Berlin) eine wesentliche Neueinschätzung seiner Position erfordert. Das ist keineswegs der Fall. Das Flugblatt entspricht der Spaltung der Programmatik in ökonomistisches Minimalprogramm und mit diesem unvermitteltes Maximalprogramm (wobei aber das letztere normalerweise vollständig



fallengelassen wird), eine für Zentristen und Linksreformisten charakteristische Methode.

Die *besondere* Unterdrückung der Frau und die doppelte Ausbeutung und Unterdrückung der proletarischen Frau haben ihre Wurzeln in der Funktion und dem Charakter der bürgerlichen Familie. Die bürgerliche Familie erfüllt eine notwendige Aufgabe als wesentliche Erziehungsstätte einer neuen Generation, aber auf eine zutiefst konservative, der kapitalistischen Gesellschaft entsprechenden Weise. Die bürgerliche Familie verhindert die volle Integration der proletarischen Frau in den Produktionsprozeß, vereinzelt und isoliert die proletarische Hausfrau von ihrer Klasse (was diese Schicht oft äußerst konservativ macht), verwandelt werktätige Frauen in eine Randschicht der Arbeiterklasse, die als erste in die industrielle Reservearmee gestoßen wird. Sexuelle Unterdrückung und bürgerliche Moral sind Überbauphänomene dieser gesellschaftlichen Struktur; das Abtreibungsverbot ist *ein* Ausdruck davon (bedingt auch durch der Bourgeoisie frommen Wunsch, eine ausreichend große Arbeiterklasse für Ausbeutungszwecke und genügend Kanonenfutter für zukünftige Kriege bereitzustellen).

Die Unterdrückung der proletarischen Frau ist nicht, wie der Spartacusbund anscheinend meint, nur eine Frage des kapitalistischen Arbeitsprozesses einerseits und gewisser undemokratischer Gesetze (wie §218) andererseits, sondern kann nur aufgehoben werden durch die Kollektivierung des Haushalts und die Erziehung unter der Diktatur des Proletariats. Wie Trotzki geschrieben hat, muß die Familie *ersetzt*, sie kann nicht einfach *abgeschafft* werden.

Aufgabe von Kommunisten ist es, die enorme potentielle revolutionäre Kraft der proletarischen Frauenmassen zu mobilisieren: durch ihre Integration in den revolutionären Kampf. Als Mittel dazu hat die Leninsche Komintern Frauensektionen gegründet, organisatorische Bindeglieder zwischen proletarischen Frauenmassen und der Partei, programmatisch und durch ihre bewußtesten Kader mit der Partei verbunden. Es ist dringend notwendig, ein System von Forderungen aufzustellen, die eine Antwort auf die besondere Unterdrückung der Frau geben, aber die durch ihre Integration im revolutionären Programm — ihre programmatische Verbindung mit der Notwendigkeit des Kampfes für die sozialistische Revolution: — de» einzigen Weg für die Befreiung der proletarischen Flau weisen.
(Als Modell, zugeschnitten auf die amerikanischen Verhältnisse, betrachten wir das Programm von *Women and Revolution*, abgedruckt in *Kommunistische Korrespondenz*, Nr. 2.)

Es ist die Aufgabe von Revolutionären, „auf alle Erscheinungen der Willkür und Unterdrückung zu reagieren, wo sie auch auftreten mögen, welche Schicht und Klasse sie auch betreffen mögen... an allen diesen Erscheinungen das Gesamtbild der Polizeiwillkür und der kapitalistischen Ausbeutung zu zeigen... jede Kleinigkeit zu benutzen, um vor aller Welt seine sozialistischen Überzeugungen und seine demokratischen Forderungen darzulegen, um allen und jedermann die welthistorische Bedeutung des Befreiungskampfes des Proletariats klarzumachen." (Lenin, *Was Tun?)*

Mit seiner ökonomistischen Borniertheit, seiner „Aufsplitterung“ und letzten Endes Auflösung des revolutionären Programms kann der Spartacusbund diese Aufgabe nicht erfüllen. Es bleibt eine Kluft zwischen seiner Unterstützung für die demokratische Forderung nach der Streichung des § 218 und der Pflichtübung über die Notwendigkeit des Kampfes für den Sozialismus. Diese Kluft kann nur durch das Übergangsprogramm überbrückt werden, das der Spartacusbund eben „aufsplittert“. Weiter fürchtet der Spartacusbund offenbar, durch die Behandlung einer so heiklen Frage wie der besonderen Unterdrückung der Frau die rückständigen Elemente der Klasse abzuschrecken, ihnen „voranzueilen“.

Man kann dazu nur mit Lenin sagen: „ Eine ‚Vorhut*, die fürchtet, das Bewußtsein könne der Spontaneität voraneilen, die sich scheut, einen kühnen ‚Plan* aufzustellen, der auch die allgemeine Anerkennung des Andersdenkenden erzwingen würde! Verwechseln sie nicht am Ende das Wort Vorhut mit dem Wort Nachhut? “ Der Spartacusbund besteht mit Stolz darauf, Politik zu machen; es ist jedoch die Frage, welche. Die Antwort lautet: *Nachtrabpolitik !*

DEKLARATION DER SPARTACIST LEAGUE/US UND DER ÖSTERREICHISCHEN BOLSCHEWIKI-LENINISTEN ZUR GEMEINSAMEN ARBEIT IN DEUTSCHLAND

I. Die Österreichischen Bolschewiki-Leninisten (ÖBL) werden gemeinsam mit der Spartacist League/US politische Arbeit in Deutschland leisten; und zwar auf der Basis programmatischer Übereinstimmung mit der Grundsatzerklärung der SL/US von 1966, die sich inzwischen auch die Spartacist League of Australia and New Zealand zueigen machte. Dieser Grundsatzerklärung liegen die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale während der Periode ihrer ersten vier Kongresse und das von der Gründungskonferenz der Vierten Internationale 1938 verabschiedete „Übergangsprogramm“ zugrunde.

II. Im einzelnen heben wir folgende Punkte hervor, die im Verlauf unserer gemeinsamen Arbeit besonders betont oder weiterentwickelt werden müssen:

1. Anerkennung der Notwendigkeit des Wiederaufbaus der durch den pabloistischen Revisionismus zerstörten Vierten Internationale. Der Anspruch aller vorgeblich trotzkistischen internationalen Gruppierungen, die programmatische Kontinuität der Vierten Internationale zu repräsentieren oder gar diese selbst zu sein, wird zurückgewiesen.

2. Verbunden mit der bedingungslosen Verteidigung der degenerierten oder deformierten Arbeiterstaaten gegen den Imperialismus steht die Anerkennung der Notwendigkeit einer politischen Revolution gegen die Bürokratie aller dieser Staaten (gleich, ob Moskau und Ostberlin oder Belgrad, Hanoi, Havana und Peking).

3. Zurückweisung der ultralinken Position, daß die sozialdemokratischen Parteien rein bürgerliche Parteien seien. Anerkennung des Doppelcharakters reformistischer Arbeiterparteien, wie es sozialdemokratische Parteien generell sind, als zu gleicher Zeit bürgerliche und Arbeiter-Parteien oder - in Lenins Worten — „bürgerliche Arbeiterparteien“.

4. Anerkennung, daß die trotzkistische Taktik des Entrismus sich von den historischen Aufgaben von Revolutionären ableitet, die sozialdemokratischen oder stalinistischen Massenparteien gegenüber stehen. Ziel ist, solche Parteien in ihre wesentlichen (teils bürgerlichen, teils proletarischen) Klassenbestandteile aufzulösen, sofern die Bedingungen dafür herangereift sind. Dies ist eine für die Schaffung von revolutionär-proletarischen Massenparteien und damit für das Voranschreiten auf dem Weg zur proletarischen Revolution unerläßliche Aufgabe.

5. Ablehnung der lange Zeit von den Pabloisten angewandten Konzeption des Entrismus („Entrismus sui generis“). Diese besteht darin, Druck auf reformistische, stalinistische oder nationalistische Bürokratien auszuüben, in der Hoffnung, einen linken Flügel dabei unterstützen zu können, „unbewußter Agent“ eines vermeintlich automatischen Prozesses permanenter Revolution zu werden. Damit wird die zentrale Rolle des Proletariats im Kampf für den Sozialismus geleugnet und ein Ersatz für die auf programmatischer Basis konstituierte revolutionäre Partei gesucht. - Die ultralinke, kleinbürgerlich-radikale Ablehnung der entristischen Taktik als solcher ist genauso pabloistisch (nur vom anderen, komplementären Extrem) und wird von uns zurückgewiesen.

6. Anerkennung der Gültigkeit der Taktik der revolutionären Umgruppierung, einer Taktik, die sich besonders dazu eignet, politische Differenzierung und Klärung herbeizuführen, indem sie bei vorgeblichen revolutionären Gruppen einen Prozeß von Spaltungen und Fusionen vorantreibt; vor allem in Situationen, wo die linke „Szene“ in Bewegung geraten ist. Wie bei anderen leninistisch-trotzkistischen Taktiken (Einheitsfront, Entrismus) liegt auch bei dieser das Wesen darin, „die Basis gegen die Spitze zu kehren“.

7. Anerkennung der Notwendigkeit, für eine Klassenopposition gegen alle Volksfronten zu kämpfen, von der Unidad Populär Allendes bis zur Union de la Gauche in Frankreich. Keine Wahlunterstützung für eine der Parteien der Volksfront. Wo der revolutionäre Pol proletarischer Massenparteien fehlt, entwickeln wir eine Politik „bedingter Opposition“ gegenüber reformistischen und stalinistischen Parteien einer solchen Volksfront; d.h., wir stellen die Forderung auf, solche Parteien sollten ihre Koalition mit bürgerlichen Elementen abbrechen, dann könnten sie von klassenbewußten Revolutionären kritisch unterstützt werden.

8. Anerkennung des bolschewistisch-leninistischen Konzepts des demokratischen Zentralismus: volle Freiheit der internen Diskussion, volle Einheit in der Aktion. Ablehnung der „Freiheit der Kritik“ außerhalb der Partei als einer Perversion des leninistischen demokratischen Zentralismus und eines Rückfalls auf das Niveau der Zweiten Internationale vor dem Ersten Weltkrieg.

III. Da die obigen Punkte ein relativ entwickeltes Niveau programmatischer Übereinstimmung darstellen, erkennen wir unsere Verantwortung, für eine möglichst baldige Konstituierung einer demokratischzentralistischen internationalen „Spartacist“-Tendenz einzutreten. Grundlage dafür ist eine ausführliche gemeinsame programmatische Perspektive verschiedener nationaler Sektionen. Z.Zt. erfordert dies zwangsläufig die größtmögliche Beratung hinsichtlich dieser Entwicklung.

— Angenommen vom Politischen Büro der SL/US am 10. September 1973 und ratifiziert vom Plenum der ÖBL am 8. Dezember 1973.